



BETRIEBSZEITUNG

# Der Transformator

Preis: 3 Pf

der  
Belegschaft des  
Transformatorwerkes  
„KARL LIEBKNECHT“



NR. 32 / NOVEMBER 1952

HERAUSGEBER: SED-BETRIEBSPARTEIORGANISATION

4. JAHRGANG

## Vorwärts zum Aufbau des Sozialismus

### Der Stärkere hilft dem Schwächeren

Der Genosse Malenkow berichtete auf dem XIX. Parteitag der KPdSU (B) von dem ungeheuren wirtschaftlichen Aufstieg der Sowjetunion. Danach steigerte sich die Industrieproduktion von 1929 bis 1951 um fast das Dreizehnfache. Diese Entwicklung ist nur möglich, weil auf der Grundlage der Erweiterung der Friedensproduktion alle Kräfte für die Hebung des Lebensniveaus des Volkes eingesetzt werden. Diese Entwicklung ist aber nur in einem sozialistischen Land möglich, weil hier die Geißel der Arbeiterschaft, die Arbeitslosigkeit, seit langem beseitigt ist und somit die Produktivkräfte in ihrer Entwicklung nicht mehr gehemmt werden.

Entscheidend zu dieser Entwicklung trägt die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung bei. Mit ihrem sozialistischen Bewußtsein beweisen uns die Aktivisten immer wieder, daß man sich mit dem Erreichten nicht zufriedengeben darf, sondern daß die Arbeiter, gemeinsam mit der Intelligenz, stets neue Wege suchen müssen, um die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Die Arbeiter aller Länder betrachten voller Freude diese Entwicklung. In den Ländern der Volksdemokratie wetteifern die Besten, es den sowjetischen Kollegen gleichzutun. In den kapitalistischen Ländern sehen die Arbeiter — und auch schon die fortschrittlichen Bürger —, daß die Widersprüche im kapitalistischen Lager sich immer mehr verschärfen. Die so gern betonte Einigkeit der kapitalistischen Staaten wird nur durch die Drohung Amerikas, ihnen keine finanzielle Unterstützung mehr geben zu wollen, aufrechterhalten. Aber der Kampf gegen die nationale Unter-

drückung wird immer stärker. Die letzten Ereignisse in Westdeutschland beleuchten doch ganz klar, wie die Widersprüche immer schärfer werden. In dem Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands vom Parteivorstand der Kom-



munistischen Partei Deutschlands vom 2. November 1952 heißt es:

„Das Adenauer-Regime ist der Feind der Volksrechte und jeder Demokratie. Wenn die Bevölkerung Westdeutschlands leben will, muß sie das Adenauer-Regime stürzen.“

Bei dem Versuch Adenauers, den Generalkriegsvertrag noch im November durchzupeitschen, erlitt er seine erste große Niederlage. Nicht nur die Abgeordneten der KPD, sondern auch die der SPD sowie einige bürgerliche stimmten gegen Adenauer, und er mußte den bisher stärksten Schlag hinnehmen. Der Wille der friedliebenden Bevölkerung war stark ge-

nug, um dem faschistischen Kurs Einhalt zu gebieten.

Seine zweite Niederlage erlitt er bei dem Versuch, die besten Vertreter der Arbeiterschaft — einige Abgeordnete der KPD — ihrer Immunität zu berauben. Wer sollte wohl auch noch den Arbeitern in die Augen sehen können, wenn er dem seine Stimme gibt, der die Mordbanden des BDJ und die faschistischen Generale nicht nur frei herumlaufen läßt, sondern noch begünstigt.

Diese Widersprüche — einmal zwischen den kapitalistischen Staaten untereinander und zum andern zwischen den Arbeitern und den Regierenden in den kapitalistischen Staaten — zeigen die Schwäche der kapitalistischen gegenüber der sozialistischen Wirtschaft.

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik können unseren Kollegen in Westdeutschland in ihrem Kampf helfen, indem wir in der Nationalen Front alle Kräfte für die Weiterführung des deutschen Gesprächs einsetzen. Das stärkt ihre Widerstandskraft und ist gleichfalls ein Beitrag zum Frieden, denn mit dem Sturz des Adenauer-Regimes verringert sich die Kriegsgefahr. Wir helfen ihnen, indem wir in unseren Betrieben noch bessere Leistungen in der Produktion erzielen, indem wir die Wettbewerbsbewegung verbreitern und indem wir uns die Methoden der Neuerer zu eigen machen. Die sowjetischen Kollegen helfen uns mit ihren Erfahrungen. An unseren Erfolgen erkennen unsere Kollegen in Westdeutschland den richtigen Weg. Zu einem sozialistischen Wettbewerb der gegenseitigen Hilfe bei der Anwendung von sowjetischen Neuerer-Methoden forderte unsere Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft alle Freundschaftsgruppen der mit uns im Wettbewerb stehenden Betriebe auf. Als Wettbewerbsbedingungen wurden vorgeschlagen:

1. Zurverfügungstellung von Unterlagen über die angewandten Metho-

den und die hierbei gemachten Erfolge.

2. Zurverfügungstellung von qualifizierten Referenten, die während der Dauer des Wettbewerbs, insbesondere des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, über praktische Erfahrungen in der Anwendung von Neuerermethoden in anderen am Wettbewerb teilnehmenden Betrieben Vorträge halten.

3. Durchführung von Erfahrungsaustauschkonferenzen in Betrieben, in denen praktische Erfahrungen bei der Anwendung von Neuerermethoden gemacht wurden.

Wettbewerbssieger soll die Betriebsgruppe sein, die in der Frage der Verbreitung sowjetischer Neuerermethoden anderen Betrieben am besten geholfen hat.

Unser Aktivist Kollege Egon Amthor sprach darum am Freitag, dem 21. November, in der Dreherei des VEB Kodak in Köpenick über die persönliche Pflege der Maschinen.

Auch hier zeigte es sich, daß unsere Kollegen sich nicht gründlich genug mit den sowjetischen Neuerermethoden beschäftigen. Es bedurfte einer längeren Aussprache, um ihnen klarzumachen, was Nina Nasarowa — und mit ihr alle fortschrittlichen Menschen — unter persönlicher Pflege der Maschine versteht.

Am Schluß der Aussprache wurde vereinbart, daß die Kollegen der Dreherei vom VEB Kodak am Tag der Neuerer zu uns kommen, um den Erfahrungsaustausch noch mehr zu vertiefen.

Somit helfen wir im Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft den Sinn des sozialistischen Wettbewerbs zu verwirklichen:

Der Stärkere hilft dem Schwächeren bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität aber bedeutet ein besseres Leben für uns alle. Walter Bahra

## Schutz unserer Republik

Wir hatten Gelegenheit, uns mit dem Kollegen Staatsanwalt Wrangle vom Amtsgericht Köpenick über die neuen Gesetze, die von der Volkskammer am 2. und 3. Oktober 1952 beschlossen wurden, zu unterhalten.

Kollege Staatsanwalt Wrangle erklärte dazu:

„Die Grundlage unserer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung ist das Volkseigentum.

Immer wieder versuchen die alten Konzernherren, die die ehemaligen Besitzer unserer volkseigenen Industrie waren, durch Mittel der Sabotage bzw. Demoralisierung der Arbeiter diese entscheidenden Faktoren unserer Gesellschaftsordnung zu lähmen oder zu zerstören.

Die großen Prozesse beim Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik haben jedem Werktätigen aufgezeigt, mit welcher Skrupellosigkeit die Werkzeuge dieser alten Kriegshetzer gegen unsere Wirtschaft vorgehen. Sie schufen hier in Berlin an der Sektorengrenze die Aufkaufstellen für Buntmetall und zahlten Überpreise, um die vor allen Dingen in den volkseigenen Betrieben arbeitenden Werktätigen zum Diebstahl von Buntmetall in ihren Werken zu verleiten. Sie hofften damit, einen schweren Schlag gegen unsere Wirtschaft und damit auch gegen die Arbeiterklasse zu führen.

Durch die aufopferungsvolle Arbeit unserer Werktätigen, insbesondere ihrer Aktivisten und Helden der Arbeit sowie durch ihren sozialistischen Wettbewerb, hat die Mehrheit der Arbeiterklasse bewiesen, daß sie bereit ist, alle ihre Kräfte für den Aufbau ihrer Werke, für die Verstärkung des Volkseigentums und für dessen Schutz einzusetzen.

Auf Grund dieser Entwicklung konnte die Sozialistische Einheitspartei auf ihrem Parteikongreß den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der Deut-

schen Demokratischen Republik verkünden. Diese neue wirtschaftliche und politische Situation erforderte auch neue Gesetze. Die alten Gesetze, die vor 80 Jahren im Interesse der Kapitalisten geschaffen worden sind, sind nicht in der Lage, den Willen der Werktätigen klar und eindeutig zu realisieren.

Aus dieser Erkenntnis heraus beschloß die Volkskammer in ihrer 27. Sitzung am 2. und 3. Oktober 1952 ein neues Gerichtsverfassungsgesetz und eine neue Strafprozeßordnung sowie das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums.

Im Gerichtsverfassungsgesetz wird entsprechend den demokratischen Grundsätzen das Gericht in seinem Aufbau insofern geändert, daß nicht mehr ein Berufsrichter allein tätig ist, sondern jede Rechtsprechung wird von einem Kollegialgericht, d. h. von einem Richter und zwei Schöffen durchgeführt. Die Schöffen werden durch Parteien und Massenorganisationen vorgeschlagen und auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie üben ihre Tätigkeit als Schöffen zwölf Tage hintereinander aus und haben dieselben Rechte und Pflichten wie die Berufsrichter. Die zwölfjährige Amtsdauer garantiert eine genaue Sachkenntnis des konkreten Falles.

In der Strafprozeßordnung ist das entscheidend Neue, daß jeder Dieb oder Betrüger, von dem ein Schaden hervorgerufen wird, gleich vom Strafgericht zum Schadenersatz verurteilt werden kann.

Das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums soll die Lebensgrundlage unseres Volkes, die so schwer erarbeitet worden ist, verteidigen. Klar und eindeutig wird hier in dem Gesetz bestimmt, wer und wie derjenige bestraft wird:

### § 1

(1) Diebstahl, Unterschlagung oder sonstiges Beiseiteschaffen von staat-

lichem oder genossenschaftlichem Eigentum oder von Eigentum gesellschaftlicher Organisationen werden mit Zuchthaus von einem bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird der Betrug zum Nachteil von staatlichem oder genossenschaftlichem Eigentum gesellschaftlicher Organisationen bestraft.

### § 2

(1) Urkundenfälschung oder Untreue zum Nachteil von staatlichem oder genossenschaftlichem Eigentum oder von Eigentum gesellschaftlicher Organisationen wird mit Zuchthaus von drei bis fünfzehn Jahren bestraft.

(2) Auf die gleichen Strafen ist zu erkennen, wenn

a) der Täter wegen eines Verbrechens gegen gesellschaftliches Eigentum vorbestraft ist,

b) die Verbrechen des § 1 durch eine Gruppe von Personen oder mehrfach begangen worden sind,

c) die Verbrechen des § 1 unter Anwendung von Gewalt oder Diebeswerkzeugen begangen worden sind.

### § 3

Ist durch ein Verbrechen nach § 1 oder § 2 ein besonders großer Schaden verursacht oder sind dadurch Werte betroffen, welche für eine besonders wichtige Aufgabe bestimmt waren, oder liegen andere besonders erschwerende Umstände vor, so ist auf Zuchthaus von 10 bis 25 Jahren und Vermögensentziehung zu erkennen.

### § 4

Wer es unterläßt, ein ihm glaubwürdig bekanntgewordenes, in Vorbereitung befindliches oder begangenes Verbrechen nach § 2 oder § 3 der Volkspolizei, den Organen der Staatssicherheit oder dem Staatsanwalt anzuzeigen, wird mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

### § 5

Für Verfahren wegen Verbrechen nach §§ 2 und 3 dieses Gesetzes sind die Bezirksgerichte zuständig.

### § 6

Das Gesetz ist seit dem 8. November 1952 für Berlin gültig.

Kolleginnen und Kollegen!

Hieran könnt ihr erkennen, daß die neue Rechtsprechung nur dem Volke dient und die Interessen der Werktätigen unter allen Umständen verteidigt und schützt.

Staatsanwalt und Gerichte haben Beschwerde- und Rechtsauskunftstellen für die Werktätigen auch in den Abendstunden in ihren Diensträumen eingerichtet, und zwar jeweils jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr.

Betrachtet eure Staatsanwälte und Richter als eure Freunde und Beauftragte, ebenso die Kameraden der Volkspolizei und des Betriebsschutzes.

Wir alle wollen gemeinsam durch den Schutz des Volkseigentums das Leben von uns allen verbessern und so den Aufbau des Sozialismus in Deutschland garantieren.

## Unsere Betriebspoliklinik, ein Baustein zum Sozialismus, hatte Richtfest

Am 20. November 1952, im Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, fand das Richtfest unserer Betriebspoliklinik auf dem Gelände des Transformatorenwerkes „Karl Liebknecht“ im Beisein der Kollegen Bauarbeiter, der Bauleitung des VEB Bau-Union Berlin sowie von Vertretern unseres Werkes und der Massenorganisationen statt.

Damit ist die Erfüllung der Verpflichtung des Werkleiters im Betriebskollektivvertrag 1952 zum Bau einer Poliklinik ein gutes Stück vorangeschritten. Trotz der späten Freigabe der Investmittel und Schwierigkeiten in der Materialzufuhr gelang es, durch Wettbewerbe der Kollegen Bauarbeiter vorbildliche Aktivistenleistungen, durch gute kollektive Zusammenarbeit unserer Bauleitung und der des VEB Bau-Union Berlin und wöchentlich durchgeführte Produktionsbesprechungen mit den Kollegen vom Bau die gesteckten Ziele zu erreichen. „Gerade dieser Bau, der zur Gesunderhaltung der Werktätigen dienen soll, ist ein Meilenstein beim Aufbau des Sozialismus“, erklärte u. a. Kollege Engelmann als Vertreter der

Gesamtlänge des Objektes ist 58,4 m, die Breite 12,6 m.

Der Bau ist zweigeschossig mit Sockelgeschoß vorgesehen.

Im Sockelgeschoß sind Bäderabteilung mit Liege- und Massageraum, Apothekenraum, Umkleieräume und Heizungsanlage. Der Bau hat eine eigene Kesselanlage, um an Sonn- und Feiertagen unabhängig von der Werkheizung zu sein.

Im Erdgeschoß sollen Röntgenabteilung, Innere Abteilung und Chirurgische Abteilung untergebracht werden.

Im Obergeschoß sollen sich Lungenarzt, Hals-, Nasen- und Ohrenarzt, Elektrotherapie (Bestrahlungsraum mit sieben Kabinen, Massage- und Liegeraum), Zahnstation und die Gynäkologische Abteilung befinden. Betrachten wir kurz, welche Einsparungen an Arbeitszeit sich für unser Werk ergeben werden, um einen Spezialarzt aufzusuchen. Nehmen wir an, daß jeder Kollege unseres Werkes im Jahr einmal einen Arzt aufsucht und bisher dafür drei bis vier Stunden opfern mußte. Wenn dieses in Zukunft in einer halben Stunde erledigt sein kann, ergeben sich bei 5000 Kollegen und je drei Stunden Einsparung für unser Werk rund 15 000 Stunden, die der Produktion und damit der Steigerung unseres Lebensstandards zugute kommen. Beweist nicht auch

der Bau unserer Betriebspoliklinik, der etwa 1 375 000 DM kostet, neben den Bauten der Stalinallee, den zahlreichen Kultur- und Erholungsstätten, daß bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor die Sorge um den Menschen ernst genommen wird? Alle diese Bauten, die in einer Zeit eines gespaltenen Deutschlands unter teilweise erheblichen Schwierigkeiten entstanden sind und noch entstehen werden, dienen der Gesunderhaltung und Entspannung der Werktätigen. Wo in einem kapitalistischen Staat wird so großzügig für die Werktätigen gebaut? Bedenken wir, welche weit größeren Möglichkeiten zum Bau von Polikliniken, Erholungsheimen, Wohnbauten und Klubhäusern gegeben sind, wenn wir die Profite der Imperialisten und die ungenutzten Arbeitskraft- und Materialreserven Westdeutschlands zum schnelleren Aufbau des Sozialismus in einem geeinten Deutschland einsetzen könnten. Deshalb muß unsere oberste Aufgabe nach wie vor der Kampf um die Einheit Deutschlands, der Kampf um die Erhaltung des Friedens und zur Erfüllung unserer Pläne sein. Einen wesentlichen Beitrag können wir leisten, indem wir uns an der Rationalisatorienbewegung, am Wettbewerb und am Ringen um die Senkung der Selbstkosten beteiligen.

Horst Sielisch

*Die deutsch-sowjetische  
Freundschaft  
ist eine Lebensfrage für  
das deutsche Volk*

Werkleitung des TRO in seiner Festansprache.

Dem Kollegen Engelmann wurde vom Polier der Baustelle eine Verpflichtungserklärung überreicht, das Bauobjekt Betriebspoliklinik am 1. Mai 1953 schlüsselfertig an die Werktätigen des Transformatorenwerkes „Karl Liebknecht“ zu übergeben. Der Dank unserer Werkleitung galt in erster Linie den Kollegen Bauarbeitern, die bei Wind und Wetter zum Gelingen des Rohbaues beigetragen haben, die auch weiter bei diesem Bau in den Tausender-Wettbewerb eingetreten sind. Der Dank wurde auch den Kollegen der am Bau beteiligten Betriebe sowie dem VEB Industrie-Entwurf ausgesprochen.

In diesem Jahr ist noch vorgesehen, den gesamten Bau winterfest zu machen, die Innenausbauten laufend weiterzuführen, besonders Be- und Entwässerung, Heizung und elektr. Installation. Die ärztl. Einrichtung, für die allein etwa 300 000 DM vorgesehen sind, wird nach den neuesten Errungenschaften und auf Grund der bisherigen Erfahrungen bei den bereits fertiggestellten Polikliniken vorgenommen.

Wie soll nun die Poliklinik im einzelnen aussehen?

### Schluß mit den administrativen Maßnahmen

Seit einigen Wochen bewegt nur ein Thema die Gemüter der Kollegen im Werkzeugbau. Wird unser Werkzeugbau verlagert oder nicht? Wie kam aber die Diskussion zu diesem Thema überhaupt zustande? In dem von der Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aufgestellten Köpenicker Plan ist u. a. vorgesehen: Verlagerung unseres Werkzeugbaues nach einem zentralen Köpenicker Werkzeugbau für sämtliche Betriebe, um einmal eine Auslastung des VEB Schnitt- und Formenbau Köpenick zu erreichen und zum anderen für unser Werk durch den Fortfall des eigenen Werkzeugbaues eine jährliche Einsparung von etwa 20 000 DM zu erzielen.

Im Zuge der Entwicklung unserer Wirtschaft ist es natürlich nur eine Frage der Zeit, wann wir auf Grund der Erfahrungen der Sowjetunion zu einer gesamten Zentralisation unserer Wirtschaftszweige übergehen. Sehr gut ist es natürlich, wenn die Köpenicker Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Initiative ergreift und an Hand des Zwickauer Planes einen solchen für den Bezirk Köpenick zur Diskussion stellt. Die Partei hat also hier ihre führende Rolle eindeutig klargestellt und gezeigt, daß sie der Motor der Arbeiterklasse ist. Soweit ist alles in bester Ordnung. Was hätte aber der nächste Schritt der Kreisleitung nach

der Köpenicker Parteiaktivtagung, auf der dieser Plan aufgerissen wurde, sein müssen? Durch eine konkrete Anweisung aller Betriebsparteiorganisationen hätte dieser Plan den Werktätigen zur Diskussion gestellt werden müssen. Wahrscheinlich hat sie es nicht getan. Aber nun geht es los. Die Werkleitung, die Betriebsparteiorganisation und die BGL versäumten, mit den Kollegen des Werkzeugbaues diesen Entwurf der SED zu diskutieren. Im Werkzeugbau wurde daher ohne Anleitung der Vorgesetzten diskutiert. Es wurde bekannt, daß Verhandlungen zwecks Verlagerung des Werkzeugbaues stattfanden. Durch diese Ungewißheit sank die Arbeitsmoral. Die Kollegen vom Werkzeugbau sind nicht nur gute Facharbeiter, sondern nehmen überhaupt an jeder gesellschaftlichen Arbeit sehr rege teil. Im einzelnen darauf einzugehen, würde hier zu weit führen. Aber sie überlegten. In einer dreistündigen außerordentlichen Produktionsberatung ohne BGL und Betriebsparteiorganisation fanden sie nicht den richtigen Weg. Selbstverständlich ist eine Herabsetzung der Produktionskosten immer zu begrüßen, die größte Einsparung aber bildet der Zusammenschluß auf zentraler Grundlage.

Vielleicht ist es möglich, daß die Werkleitung, Betriebsparteiorganisation und BGL sich einmal nach dem

Werkzeugbau bemühen, um dieses Thema mit allen Kollegen in einer weitgehenden Diskussion eingehend zu beleuchten. Die Kollegen des Transformatorenwerkes „Karl Liebknecht“ lassen es sich nicht mehr länger gefallen, daß —

ohne sie zu befragen — Vorgänge verhandelt werden und die Resultate dieser Absprachen administrativ durchgeführt werden. Sie verlangen, daß derartig wichtige, sie betreffende Probleme zunächst mit ihnen durchgesprochen werden. Gerblich (Wzb)

serer Halle fort. An ihrer Stelle baute man nun ein Provisorium auf, dem nur ganz große Optimisten den Namen spanische Wand zu geben vermögen. Durch dieses Gebilde aus Balken, Brettern und zerbrochenen Preßplatten pfeift der Wind, daß einem Hören und Sehen vergeht. Durch die Fugen der Notausgangstür könnte man heute noch zwei Finger stecken, wenn wir nicht zur Selbsthilfe gegriffen hätten. Auf unsere Einwände, welche wir schon im Sommer machten, wurde uns gesagt, daß bis zum Winter eine stabile Wand gezogen wird. Bis heute hat sich aber noch nichts gerührt.

Wir vier Kollegen, die wir an dieser Wand stehen, haben die chronische Grippe. Falls die Kollegen, die damals die Arbeiten leiteten, noch nicht im Winterschlaf liegen, fordern wir sie auf, möglichst bald ihr warmes Büro zu verlassen und sich die Sache an Ort und Stelle anzusehen.

Eckhard Lutz (TI)

## Unsere Kinder warten!

Kollegin Margot Reichardt, Leiterin der Betriebskindertagesstätte unseres Werkes in Weißensee, übersandte der Redaktion der Betriebszeitung folgenden Schreiben:

„Anbei die Abschrift des Schreibens, das wir am 21. Oktober 1952 an den Kollegen Peglow sandten. Uns fehlt bis heute jede Antwort. Da wir annehmen, daß innerhalb von zweieinhalb Wochen ein Schriftstück innerhalb eines Betriebes beantwortet sein kann, wandten wir uns am 6. November 1952 an unsere BGL, Kollegen Stranz. Dieser versprach, sich noch am gleichen Tage für die Sache einzusetzen. Doch auch er hüllte sich in Stillschweigen. Heute, den 10. November, erkundigten wir uns nach der Lage der Dinge. Doch siehe da, die Abschrift schmorte in der „Dringlichkeitsmappe“ des Kollegen Stranz. Er versuchte, uns noch einige Tage zu vertrösten. Wir verzichteten darauf und nahmen die Abschrift wieder an uns. Wenn wir weiter warten, steht Weihnachten vor der Tür.“

Wir erwarten, daß man uns in kürzester Zeit eine Antwort auf unser Schreiben gibt.

gez.: Margot Reichardt  
Betriebskindertagesstätte  
VEM Transformatorenwerk  
„Karl Liebknecht“ VEB, Schalterbau  
Berlin-Weißensee“

Anlage:

1 Abschrift  
Abschrift

An den Kollegen Peglow, Kultur-  
abteilung

Wir bitten darum, uns möglichst bald mitzuteilen, mit welchen finanziellen Mitteln wir für die Ausgestaltung der Weihnachtsfeier im Kindergarten rechnen können.

Wir hoffen, daß wir das Geld in diesem Jahr nicht erst wieder wenige

Tage vor dem Fest zur Verfügung gestellt bekommen.

Bln.-Weißensee, den 21. Oktober 1952  
gez. Margot Reichardt  
gez. Stäck                   gez. Stranz

### Anmerkung der Redaktion:

Um unserer Kindertagesstätte in Weißensee schnell helfen zu können, baten wir die Kollegin Sohns, in Vertretung des Kollegen Peglow, sogleich zu antworten. Diese Antwort ist bis zum Redaktionsschluß nicht eingetroffen.

## Das wundert mich nicht . . .

Wenn ich den Artikel von der Betriebskindertagesstätte Weißensee lese, wundert es mich nicht, daß bis heute keine Antwort der Kulturdirektion vorliegt. Soweit ich mich entsinnen kann, liegt es bereits über sechs Wochen zurück, daß die Kulturdirektion öffentlich aufgefordert wurde, Rechenschaft vor der Belegschaft über ihre bisher geleistete Arbeit abzugeben. Bis heute ist die Kulturdirektion dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Wahrscheinlich glaubt die Kollegin Sohns, in Vertretung des Kollegen Peglow, daß die Belegschaft für sie da ist und nicht sie für die Belegschaft.

In einer persönlichen Aussprache erklärte sie mir, daß es nicht nötig wäre, vor der Belegschaft Rechenschaft abzulegen. Willi Selmeke (AL)

## Liebe Redaktion!

Ich sehe mich-gezwungen, auf dem Wege über dich heute ein Problem zur Sprache zu bringen, auf dessen Erledigung wir sonst wohl warten können, bis wir schwarz werden. Wie dir wohl bekannt sein dürfte, wird für unseren Betrieb eine Poliklinik gebaut. Um sie bauen zu können, war es nötig, ein großes Stück der Tischlerei abzureißen. Dadurch fiel auch die massiv gebaute Stirnwand un-

## 50 Jahre Mitglied der Gewerkschaft

Zu den vielen Jubilaren unseres Werkes kam am 13. November unser Kollege Wilhelm Weise aus der Tischlerei hinzu, der an diesem Tage auf eine 50jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken konnte. Ein Jubiläum, wie es nur einigen Gewerkschaftern vergönnt ist. Auch das Leben unseres Jubilars war nicht frei von Aussperrungen und Streiks, die unsere Jugend nur vom Hörensagen kennt. Lohnzulagen, wie die letzte für die Gruppen 5 bis 8, waren ohne wochenlange Streiks damals undenkbar, bei denen die besten Gewerkschafter meist aber auf der Strecke blieben. Davon kann Kollege Weise viel erzählen. Gern erinnert er sich auch an seine politische Tätigkeit. 1918 gehörte er zu den Kämpfern auf der Seite des Proletariats in Berlin und, wie er mir mit einem Leuchten in den Augen erklärte, an der Seite Karl Liebknechts. Vor 14 Jahren begann er seine Tätigkeit als Tischler in unserem Werk. Die Werkleitung und die Betriebsgewerkschaftsleitung überbrachten dem Kollegen Weise zu seinem Ehrentag herzliche Glückwünsche und ein Jubiläumsgeschenk der IG Metall. Trotz seiner 76 Jahre arbeitet Kollege Weise jetzt im Kinderheim als Heizer und wird in seiner Freizeit das mehr als reichlich anfallende Kinderspielzeug reparieren, um so im Alter noch zu helfen, unseren Kindern ein besseres Leben zu gestalten, als es ihm in seiner Kindheit vergönnt war.

Dir, Kollege Weise, gehört unser aller Dank, deshalb weiterhin alles Gute!  
Aurich (BGL)

Die Redaktion schließt sich den Glückwünschen aller Kollegen an.

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“. Verantwortl. Redakteur: Walter Bahra. Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 951 D des Amtes für Information der DDR. Druck: (125) Greif Graphischer Großbetrieb, Werk II, Berlin N 54

Am 12. November 1952 fand die Wahl der Leitung des Frauenausschusses statt.

Als Leiterin unseres Betriebs-Frauenausschusses wurde die Kollegin Hübchen, Abteilung AL, gewählt.

- |                     |                                      |           |
|---------------------|--------------------------------------|-----------|
| 1. Stellvertreterin | Kollegin Schönberg,                  | Abt. AL   |
| 2.                  | „                    Kollegin Witt,  | Abt. Wsp  |
| 3.                  | „                    Kollegin Weiß,  | Abt. Wi 3 |
| 4.                  | „                    Kollegin Grell, | Abt. Lv   |

Die genannten Kolleginnen sind bestrebt, sämtliche Frauenfragen, die in unserem Betrieb auftreten, gemeinsam mit der Werkleitung, Betriebsgewerkschaftsleitung und Betriebsparteiorganisation schnellstens zu klären.                   Hübchen (AL)